



BürgerInnenbrief

26. April 2011

DIE LINKE. Fraktion in der
Hamburgischen Bürgerschaft

Die Neue +++ Kassensturz +++ Citymaut +++ Wohnungsnot +++ Moschee-Neubau +++ »Goldene Axt« +++ Verfolgung

Alles neu macht der Mai...

von Michael Joho und Gerd Siebecke



Heike, Joachim sowie Antje Schellner bei der Demo am 15.4. (siehe S. 7f.)

Die bisherigen LeserInnen des »BürgerInnenbrief Mitte« werden es gleich erkannt haben: Er heißt jetzt »BürgerInnenbrief« und auf der Titelseite prangen zwei Porträts: Die Abgeordneten der Linksfraktion in der Bürgerschaft Heike Sudmann und Joachim Bischoff geben ihn ab sofort im Duo heraus.

Bevor wir darlegen was das bedeuten könnte, sei ein kurzer Rückblick erlaubt. Die erste Ausgabe erschien im März 2008, wenige Tage nachdem die WählerInnen des Wahlkreises 1 (Hamburg-Mitte) Joachim Bischoff als Abgeordneten für DIE LINKE in die Hamburgische Bürgerschaft entsandt hatten. Es sollte mehr Transparenz geschaffen werden, ein wenig »Gläsernes Rathaus«, so dass die interessierten BürgerInnen »künftig über einige Aspekte des Parlamentsgeschehens und der politischen Auseinandersetzungen im Bezirk Mitte« besser informiert sind. Mittlerweile sind 66 Ausgaben erschienen, zuerst im Monats-, dann im mehr oder weniger Zwei-Wochen-Rhythmus (für Statistiker: es kamen immerhin 574 DIN

A-4-Seiten zusammen). Die Artikel spiegelten vor allem Joachims Zuständigkeiten für Haushalt bzw. Finanzen, Stadtentwicklung sowie Verkehr- und Sport in der Linksfraktion wieder. Immer wieder musste auch über die Machenschaften der HSH Nordbank informiert werden – Joachim war Mitglied im inzwischen eingestellten Parlamentarischen Untersuchungsausschuss der Bürgerschaft zu dieser noch immer nicht aus den Schlagzeilen verschwundenen »Landesbank«. Allerdings war die Themenpalette von Beginn an breiter, wichtige Beiträge kamen von Initiativen und Einzelpersonen der Stadt und auch über Hamburg hinausgehende Diskussionen z.B. innerhalb der LINKEN wurde berichtet (ein jeweils zum Jahresende erstelltes Stichwortverzeichnis ist zu finden unter www.linksfraktion-hamburg.de).

Diese Themenbreite soll beibehalten und zugleich erweitert werden, wenn der BürgerInnenbrief ab sofort in gemeinsamer Herausgeberschaft von Heike und Joachim erscheint.

Das hat natürlich auch etwas mit den neuen Verantwortlichkeiten der beiden zu tun: Joachim bleibt finanz- sowie sportpolitischer, ist neuerdings aber auch arbeitsmarktpolitischer Sprecher der Fraktion. In Sachen Stadtentwicklung bleibt er zudem für die Wohnungspolitik zuständig. Heike ist für DIE LINKE neu in die Hamburgische Bürgerschaft gewählt worden (auch wenn sie dem Landesparlament früher schon einmal angehörte, siehe hierzu ihren Beitrag im Anschluss), sie wird als stadtentwicklungs- und verkehrspolitische Sprecherin der Linksfraktion aktiv sein. Außerdem vertreten sich die beiden gegenseitig in den Ausschüssen, was etwas mit dem neuen Zuschnitt der Behörden zu tun hat: So wird Joachim u.a. im Wirtschaftsausschuss sein, Heike wird dort immer dann tätig, wenn es um Verkehrsfragen geht. Im Stadtentwicklungsausschuss ist Heike Hauptvertreterin, Joachim gibt den Stellvertreter; im Sportausschuss genau anders herum.

Dies alles wird sich natürlich im BürgerInnenbrief – neben in Zukunft zwei Porträtfotos und Telefonnummern – niederschlagen. Sicherlich wird zukünftig die Arbeitsmarktpolitik eine größere Rolle spielen (z.B. zu den gegenwärtig stark diskutierten Ein-Euro-Jobs), aber auch in der Verkehrspolitik werden neue Akzente gesetzt. Sport ist glücklicherweise ein Thema, das bei den beiden aktiven SportlerInnen (Joachim betreibt Gymnastik, Heike ist ligamäßig im Basketball enga-

giert) gut aufgehoben ist. An Themen wird es also nicht fehlen, allein für diese Ausgabe hätten noch die SAVOY-Solidemo mit Tuten und Blasen, die angekündigten 160 Mieterklagen gegen das unsägliche Gagfah-Wohnungsunternehmen, die Situation des Zomia-Bauwagenplatzes in Wilhelmsburg, die drastische Streichung des Etats für die Grün- und Parkpflege etc. gewürdigt werden sollen. Doch der BürgerInnenbrief kann keine Zeitung ersetzen, sondern soll weiterhin für Transparenz und Diskussion sorgen und gelegentlich dabei behilflich sein, die Positionen der LINKEN besser zu verstehen.

Drei Sätze zu uns, die wir sozusagen in der zweiten Reihe (wenn auch nicht im Hintergrund) wirken, Beiträge anstoßen, sie nicht selten kürzen und gelegentlich auch ergänzen müssen, Informationen recherchieren und das Ganze in eine hoffentlich ansprechende Form bringen – ähnlich der vielen Menschen, die uns und die Abgeordneten mit Informationen und Einschätzungen versehen. Ein kleines linkes Netzwerk, ohne das die Arbeit der beiden in der Bürgerschaftsfraktion DIE LINKE nicht so gut funktionieren könnte. Wir sind gespannt darauf, die bewährte Kooperation mit Joachim fortsetzen und die neue mit Heike hoffentlich ebenso erfolgreich in Angriff nehmen zu können. Und mit den beiden freuen wir uns auf möglichst zahlreiche kritische Resonanz und Mitarbeit aus den Reihen der LeserInnen der BürgerInnenbriefe.

Die Neue

von Heike Sudmann, Bürgerschaftsabgeordnete der LINKEN seit März 2011



Starke Bindung an Gewerkschaften: Die Neue demonstriert Zustimmung

Als wäre es gestern gewesen – so kam es mir vor, als ich nach knapp zehn Jahren wieder Platz im Plenarsaal der Bürgerschaft genommen habe. Doch verändert hat sich einiges, nicht nur die Anzahl der Fraktionen, sondern auch das Auftreten. Heute ist äußerlich nicht mehr zu unterscheiden, wer zur Jungen Union, den Jusos oder zu den Grünen gehört – inhaltlich teilweise auch nicht mehr.

Aber gut, ich soll ja nicht ablenken, sondern etwas zu mir schreiben: Heike Sudmann, geboren 1962, in einem etwas kleineren Ort als Hamburg aufgewachsen (knapp unter 400 EinwohnerInnen). 1982 bin ich nach Hamburg gekommen, um eine Ausbildung in der Verwaltung zu machen – und dann einfach nicht wieder weggegangen, weil Hamburg eine tolle Stadt ist.

Da jedoch nicht alles toll war (und ist), habe ich 1986 eine Bürgerinitiative gegen eine gigantische Autobahnplanung quer durch die Stadt (die so genannte Osttangente von der Autobahn 7 über Flughafen, Barmbek und Horner Kreisel zur Autobahn 1) mitgegründet. Zehn Jahre lang haben wir in einem breiten Bündnis der herrschenden Politik das Leben etwas schwerer gemacht, neben vielen Niederlagen auch kleine Siege errungen.

1993 hat die GAL mir als Parteilose einen Platz auf ihrer Bürgerschaftsliste angeboten. 1997 bin ich in die GAL eingetreten, weil ich glaubte, damit eine soziale und linke Politik vorantreiben zu können. Meine Mitgliedschaft in der GAL dauerte nur zwei Jahre, denn 1999 waren die Grünen nicht nur zur grünlackierten FDP mutiert, sondern auch zu einer Beteiligung am Kosovo-Krieg. Zusammen mit vier anderen Abgeordneten bin ich aus der GAL und aus der grünen Bürgerschaftsfraktion ausgetreten, gemeinsam haben wir die REGENBOGEN-Fraktion gegründet.

Meine politischen Schwerpunkte waren und sind Stadtentwicklung und Verkehr. Auf den ersten Blick hat sich auch auf diesen Feldern in den letzten zehn Jahren nicht viel getan. Was, wo und wie gebaut wird, bestimmen immer noch vorrangig InvestorInnen. Die Kampfansage »Freie Fahrt für freie Bürger« dominiert weiterhin die Verkehrspolitik. Der Öffentliche Personennahverkehr und der Rad- und Fußverkehr wurden zwar gefördert, sind aber weit hinter ihren Möglichkeiten zurückgeblieben.

Für eine linke Politik, die die Bedürfnisse der Menschen und nicht die Profimaximierung in den Mittelpunkt stellt, gibt es viel zu tun. Für eine Person alleine wäre das viel zu viel. Deshalb freue ich mich, dass die Zusammenarbeit mit Michael Joho (persönlicher Referent) und Antje Schellner (zuständige Fraktionsreferentin) sowie mit Joachim Bischoff als bisher zuständigem Abgeordneten so gut klappt. Und ich hoffe, dass die von mir in der letzten Legislaturperiode ins Leben gerufene AG der bezirklichen Stadtplanungs- und Bauleute der Linken weiterhin mit Engagement und Spaß arbeitet und die Vernetzung zwischen Bezirk, Bürgerschaft und Partei belebt. Auch für den Verkehrsbereich möchte ich solch eine Struktur aufbauen.

Da die hamburgische Bürgerschaft ein Teilzeitparlament ist, arbeite ich weiterhin als Personalratsvorsitzende im Verwaltungsbereich der Schulbehörde, seit April allerdings nur noch mit 30 Wochenstunden. Personalrats- und Gewerkschaftsarbeit machen mir nicht nur Spaß, sondern sind aus meiner Sicht unverzichtbar. Freiwillig gibt keine ArbeitgeberIn, auch nicht im öffentlichen Dienst, den abhängig Beschäftigten mehr Geld oder soziale Leistungen. Neben meiner Überzeugung gibt es noch einen weiteren Grund für meine starke Bindung an die Gewerkschaft: sie hat mir durch ein Stipendium ermöglicht, Städtebau und Stadtplanung zu studieren.

So, das reicht jetzt zu mir. Wir sehen uns bestimmt, z.B. auf der einen oder anderen Demo, am 30. April gegen die neoliberale Stadtentwicklung oder auf der DGB-Demo zum 1. Mai?!

Was bringt ein Kassensturz?

von Joachim Bischoff

Es ist nur eine Schätzung, aber sie dürfte der Realität nahe kommen: In jeder dritten deutschen Familie läuft ab und zu das Budget aus dem Ruder. Am Ende des Geldes bleibt dann ein Stück Monat übrig, weil mehr ausgegeben wurde als geplant. Niemand gesteht das gern ein.

In den Kommunen, Ländern und Bund gehört diese Verletzung des Budgets zur Regel. Umso ausgefallener sind daher die Methoden der kreativen Buchführung, d.h. der Verschleierung der Verhältnisse. Schlussfolgerung bei einem Regierungswechsel wie in Hamburg: Kassensturz. In einem Supermarkt steht dies für das Feststellen des Kassenbestandes, von Fehler- oder Überbeständen, da ist der Begriff eindeutig. Er stammt daher, dass eine Handkasse auf dem Tisch umgedreht wird, um das Geld zählen zu können. Was aber bedeutet es, wenn nach einem Regierungswechsel eine einmalige Bewertung der staatlichen Haushaltspolitik erfolgt?

Ein Kassensturz soll folgende Fragen beantworten:

- Wie ist der derzeitige Kontostand?
- Wie hoch ist der Saldo auf dem Kreditkonto?
- Welche Einnahmen werden regelmäßig erwartet?
- Welche regelmäßigen Ausgaben stehen dem gegenüber?

Der SPD-Alleinsenat will sich mit dem Kassensturz Klarheit darüber verschaffen, wie die aktuelle Ausgangssituation in

Hamburg aussieht. Dies ist dann dem Wähler, der Öffentlichkeit und den politischen Kontrahenten mitzuteilen. Erst auf dieser Grundlage soll in den nächsten Monaten ein neuer Haushaltsplan vorgelegt werden, der die künftigen Ausgaben für die Jahre 2011 und 2012 strukturiert (Doppelhaushalt).

Gegenüber dem üblichen Kassensturz gibt es aktuell eine Besonderheit. Angesichts der großen Weltwirtschaftskrise 2009/2010 war der schwarz-grüne Senat davon ausgegangen, dass die in Hamburg verbleibenden Steuern sich für den Zeitraum 2009-2012 um rund 4,5 Milliarden Euro verringern werden; eine Kürzung der Ausgaben in dieser Größenordnung wäre volkswirtschaftlich und politisch unverantwortlich gewesen. Insofern mussten weitere Kredite in Höhe von 6 Mrd. Euro aufgenommen werden, um in den nachfolgenden Jahren das bisherige Ausgabenniveau halten zu können.

Zum gegenwärtigen Zeitpunkt sind die Buchungen im Haushaltsverfahren für das Jahr 2010 noch nicht abgeschlossen. Das derzeitige Ergebnis zeigt aufgrund noch ausstehender Um- und Nachbuchungen ein nicht vollständiges Bild der Haushaltslage, das sich auch in Hinblick auf Ausgleichspositionen noch verändern kann. Es handelt sich um eine stichtagsbezogene Auswertung nach dem Kassenlauf vom 1. Februar 2011.



Die Handkasse wird auf dem Tisch umgedreht – für Hamburg reicht das nicht

Die wirtschaftliche Entwicklung und damit auch die Steuereinnahmen sind sowohl im Bund als auch in Hamburg seitdem besser verlaufen als erwartet. Die Freie und Hansestadt war davon ausgegangen, dass die in Hamburg verbleibenden Steuern (also nach Abrechnung mit dem Bund) auf ca. 7,5 Mrd. zurückgehen. Laut Kassensturz sind fast 8,1 Mrd. Euro eingenommen worden und die weiteren Aussichten werden positiv eingeschätzt.

Laut geplanten Ausgaben sollten 2010 ca. 11,4 Mrd. Euro ausgegeben werden; auch hier eine kleine Überraschung: es sind über 400 Millionen weniger. Danach kann für das Jahr 2010 eine deutliche Verbesserung der Haushaltssituation konstatiert werden. So lagen die tatsächlichen Steuereinnahmen über den Ansätzen des Haushaltsplans 2010. Selbst die Novemberschätzung 2010 ist noch einmal um 120 Mio. Euro übertroffen worden.

Gleichzeitig wurde bei den Betriebsausgaben kräftig gespart. Unterm Strich wurden hier 410,5 Mio. Euro weniger ausgegeben als noch im Finanzbericht 2011/2012 ausgewiesen. Dies lag zum einen an um 135 Mio. Euro geringeren Zinsausgaben, zum anderen an deutlich niedrigeren Personalausgaben. Ein Teil der um 705,5 Mio. Euro geringeren Personalausgaben resultiert aus der Auslagerung von Personalkosten in die Sondervermögen (vor allem Sondervermögen Schulbau). Diese tauchen dann bei den übrigen Sach- und Fachausgaben auf, die um 546 Mio. Euro höher sind als im Plan vorgesehen. Saldiert man das, ergeben sich immer noch Einsparungen beim Personal von 160 Mio. Euro.

Das Einnahmeplus von 630 Mio. Euro und Ausgabenminus von 410 Mio. Euro im Betriebshaushalt addieren sich zu einer Verbesserung der Haushaltssituation um 1,04 Mrd. Euro. Da gleichzeitig (unsinnigerweise) auch noch bei den Investitionen 100 Mrd. Euro weniger ausgegeben wurden als geplant, ist der Finanzierungssaldo für den Gesamthaushalt

von geplanten Minus 2,17 Mrd. Euro auf 0,94 Mrd. Euro geschrumpft. Entsprechend wurden aus dem Konjunkturstabilisierungsfonds statt 2,1 Mrd. Euro nur 900 Mio. Euro entnommen. Der Betriebshaushalt war mit einem Defizit von 85 Mio. Euro fast ausgeglichen. Die Kredite wurden zu 90% für Investitionen aufgenommen, was fast die bislang geltende Schuldenregel einhält.

Das alles schafft zwar für den neuen SPD-Senat erheblich Spielraum für jene 200 Mio. Euro, die der erste Bürgermeister für eine verbesserte Zukunft Hamburgs im Wahlkampf versprochen hat auszugeben, und für die Rücknahme einer Reihe unsinniger Sparoperationen des schwarz-grünen Senats. Aber: Dieser hat einen gigantischen Schuldenberg hinterlassen. Laut Finanzbericht 2011/2012 wird der Schuldenstand der Stadt 2014 bei 28 Mrd. Euro liegen. Hinzu kommen ca. vier Mrd. Euro der Hamburgischen Wohnungsbaukreditanstalt und die Verbindlichkeiten der anderen Sondervermögen (Stadt und Hafen, Schulbau etc.) sowie die risikoreichen Garantien für den HSH Finanzfonds. Hamburg ist damit faktisch pleite. Dies lässt sich u.a. daran verdeutlichen,

- dass der Hamburgische Versorgungsfonds, der die Gehälter und Pensionen der ehemals städtischen Beschäftigten in privatisierten Unternehmen auszahlen soll, insolvent ist und mit einem Zuschuss von 120 Mio. Euro aufgefangen werden musste.
- dass der Substanzverlust der städtischen Konzernholding, der Hamburger Gesellschaft für Vermögens- und Beteiligungsmanagement mbh (HGV), so groß ist, dass sie in 2010 und den Folgejahren jährliche Verluste von mindestens 100 Mio. Euro einfährt, die aus dem Haushalt ausgeglichen werden müssen.

In Ergänzung zum Jahresbericht 2011 hat der Rechnungshof die Ergebnisse seiner Prüfung des Jahres- und Konzernabschlusses der Freien und Hansestadt Hamburg auf den

31.12.2009 vorgelegt, der diese Konstellation eindrücklich bestätigt. Danach hat die Stadt bei der Kernverwaltung bereits 2009 einen Jahresfehlbetrag von 1,2 Mrd. Euro erwirtschaftet. In der Gesamtbetrachtung der Jahre 2006 bis 2009 übersteigen die Aufwendungen die Erträge um 4 Mrd. Euro. Diese Verluste haben zur Folge, dass das Eigenkapital mit 1,2 Mrd. Euro in 2009 erstmals deutlich negativ ist.

Maßgeblich dafür waren die Folgen der Wirtschaftskrise mit drastisch sinkenden Steuereinnahmen und rückläufigen Erlösen der städtischen Unternehmen, die Verluste der HSH Nordbank infolge ihres Engagements im internationalen Finanzcasino und die verantwortungslose Ausgabenpolitik des schwarz-grünen Senats (Elbphilharmonie und Hafencity haben sich zum Millionengrab für die Stadtkasse entwickelt).

In etlichen Posten der Konzernbilanz steckt laut Bericht des Rechnungshofes immer noch »Kosmetik«:

- die Stadt hat der Hamburg Port Authority (HPA) nach einem Jahresverlust von 227 Mio. Euro 192 Mio. Euro als Verlustausgleich überwiesen, weist aber gleichwohl einen Teilbetrag, nämlich 44 Mio. Euro, als Erhöhung der Finanzanlage HPA aus.
- Bei den Pensionsrückstellungen der städtischen Unternehmen hat man einen Methodenwechsel vorgenommen, der den einzigen Zweck hatte, die Belastung durch diese Rückstellungen in der kurzen Frist niedriger auszuweisen als bisher, um die von den städtischen Unternehmen für die Haushaltsanierung geforderten 50 Mio. Euro jährlich als »machbar« darstellen zu können.
- Unter Einbezug der städtischen Unternehmen sei die Stadt durch die HSH Krise mit insgesamt 1,9 Mrd. Euro belastet worden. Darin sind noch nicht eingerechnet die Zinsen für die Kredite, die Hamburg für seine Einschüsse in die Landesbank aufnehmen musste. Zukunftsvorsorge, etwa durch Rückstellungen für eine eventuelle Inanspruchnahme der Bürgerschaft in Höhe von fünf Mrd. Euro, wurde nicht getroffen.

- Der Wertansatz für das Sondervermögen Stadt und Hafen ist trotz mehrfacher Anmahnung bis heute nicht nachgewiesen und beim ÖPP-Projekt Sanierung und Neubau von Schulen in Hamburg Süd wurden »Vermögensgegenstände und Verbindlichkeiten (...) für eine ordnungsgemäße stichtagsbezogene Rechnungslegung im Jahresabschluss der Stadt bisher nicht vollständig ermittelt«.

Die Linksfraktion fordert deshalb vom neuen Finanzsenator Tschentscher, dass er die vom Rechnungshof gerügten Positionen in den angekündigten Kassensturz aufnimmt und korrigiert. Olaf Scholz hat angekündigt das desaströse finanzpolitische Erbe von Schwarz-Grün durch eine »ordentliche« Politik der Haushaltssanierung bewältigen zu wollen. Bis 2020 sollen die jährlichen Ausgaben nur mehr um ein Prozent steigen, Steuermehreinnahmen vor allem für den Schuldenabbau genutzt werden. »Aufgabenkritik« des öffentlichen Sektors ist angesichts der mit Händen zu greifenden Finanznot sicherlich eine populäre Forderung und wird auch vom neuen SPD-Senat in den Vordergrund gestellt. Die Bereitschaft öffentlich Investitionen und Dienstleistungen zu finanzieren, ist demgegenüber bescheiden ausgeprägt. Ein vernünftiges öffentliches Dienstleistungsangebot erreicht man allerdings nicht durch »Aufgabenkritik« (in der Regel Beschäftigungsabbau und Arbeitsverdichtung), sondern nur durch die Bereitstellung ausreichender Finanzmittel. Neben dem Verzicht auf überflüssige Projekte wie HafencityUniversität, Behördenumzüge etc. gehören dazu die von mir in den letzten BürgerInnenbriefen ausführlich dargelegten erforderlichen bundespolitischen Initiativen zur Generierung von Steuermehreinnahmen. Mit ihnen könnten dringend erforderliche öffentliche Investitionen in den Bereichen Bildung, (sozialer) Wohnungsbau, soziale Infrastruktur und Verkehr (Ausbau des ÖPNV) auf den Weg gebracht werden. Der Kassensturz in einem Bundesland muss deshalb auch mehr sein, als das Umdrehen der Handkasse im Supermarkt.

joachimbischoff.de

Aktuelle Positionsbestimmungen, Stellungnahmen, Kommentare, Pressemitteilungen, Hinweise auf Veranstaltungen und andere Termine auf meiner Internetseite

<http://joachimbischoff.de>

Auch alle bisher erschienenen BürgerInnenbriefe können als pdf-Dateien heruntergeladen werden.

Wer aktuell informiert sein möchte, sollte lieber einmal mehr vorbeischaun!

The screenshot shows the website interface for Dr. Joachim Bischoff. At the top, there is a header with the name 'Dr. Joachim Bischoff' and the affiliation 'DIE LINKE. Fraktion in der Hamburgischen Bürgerschaft'. Below the header is a navigation menu with links for 'Home', 'BürgerInnenbrief', 'Agenda', 'Neue Publikationen', and 'Termine'. The main content area features a headline 'Kommentare zu politischen Ereignissen in Hamburg' and a specific article titled 'Die „Gagfish“ in öffentliche Hand!'. The article text discusses the 'Gagfish' project and mentions a meeting with Michael Loh. To the right of the article is a sidebar with 'Alle Beiträge' (listing various topics like 'BürgerInnenbrief 2011-2012') and 'Die Themen' (listing various political issues like 'Klimawandel', 'Sozialer Wohnungsbau', etc.).

Attraktiver Nahverkehr statt Abzocke!



Citybesucher parken schon jetzt die Gehwege in St. Georg zu

»Senator prüft Citymaut für Hamburg« – »Die Citymaut ist »eigentlich« nicht gewollt« – zwischen diesen beiden Überschriften im Hamburger Abendblatt vom 13. und 14. April liegen genau 24 Stunden. Das Thema ist eigentlich schon wieder vom Tisch, bevor es überhaupt richtig ausgelotet wurde, während in verschiedenen Städten Europas Umweltzonen oder Citymauts bereit langjährige Praxis sind. In Hamburg sorgte es für Schlagzeilen, weil auf CDU-Plakaten der Teufel einer zusätzlichen City-Befahrungsgebühr unter rot-grün an die Wand gemalt wurde.

Die Einführung einer Citymaut wird vor allem von der GAL favorisiert. Sie möchte damit den Individualverkehr verringern und einen schadstoffreduzierenden, klimarelevanten Beitrag liefern. Für diese Forderung wurde sie im Wahlkampf von der CDU und der Handelskammer attackiert. Olaf Scholz (SPD) hatte der Einführung einer Citymaut allerdings schon damals eine klare Absage erteilt. Dies galt auch für den ehemaligen Handelskammer-Chef Frank Horch (parteilos). Doch als neuer Wirtschafts- und Verkehrssenator stellte er einen Tag lang öffentlich Überlegungen an, ob die Einführung einer solchen Maut nicht zum Abbau des Innenstadt-Staus, vor allem aber aus haltspolitischen Erwägungen sinnvoll sei und daher geprüft werden müsse.

In der von der Fraktion DIE LINKE bereits im März 2009 herausgegebenen Broschüre »Weniger, besser, sicherer & preiswerter fahren! Eckpunkte einer Verkehrskonzeption für Hamburg« (www.linksfraktion-hamburg.de) hatten wir unsere Position dargelegt: »Der Einführung einer Citymaut stehen wir kritisch gegenüber. Sie wäre mit einem technisch überaus aufwändigen und sehr kostspieligen System verbunden. Die Notwendigkeit dieser Investition ist fraglich. Alternative Verkehrssysteme gegenüber dem PKW-Verkehr zu stärken, ist in vielerlei Hinsicht sinnvoller als restriktive Mittel festzuschrei-

ben. Das Instrument eines schlüssigen Gesamtverkehrskonzeptes ist nachhaltiger und langfristig kostengünstiger.«

Hat sich an diesen Aussagen etwas geändert? Für eine Citymaut (oder auch eine Umweltzone) wird als Argument angeführt, dass auf Grund der Mautgebühren mehr PKW-FahrerInnen auf den Öffentlichen Personennahverkehr (ÖPNV) umsteigen würden, weil die mit dem Auto angesteuerte Innenstadt sonst zu teuer käme. Weniger PKWs aber bedeuten eine Reduzierung der Schadstoffbelastungen in der Luft, angeblich von 10 bis 15%. Verbunden mit den Kriterien einer Umweltzone könnten die besonders schadstoffreichen Autos höher belastet werden, abgasfreie Wagen hätten möglicherweise sogar freie Zufahrt. Die Handelskammer argumentiert dagegen, dass jetzt schon ca. 90% der CitybesucherInnen den ÖPNV nutzen würden und der Anteil von knapp 10%, die doch mit dem Auto kommen, – mithin auch die Emissionswerte – nicht mehr signifikant abgesenkt werden könnte. Eingewandt wird zudem – ein Argument, dass viele auch aus den Vierteln kennen, in denen sich die BewohnerInnen für verkehrsberuhigte bzw. autoarme Quartiere einsetzen –, dass die Umsätze der Einzelhändler zurückgingen, denn ohne Auto ließe sich angeblich in der Innenstadt weniger einkaufen und transportieren. Zweifelloser aber hätte eine Citymaut noch eine ganz andere Auswirkung, nämlich auf die rund um den Wallring gelegenen Quartiere. Denn hier ist schon jetzt Samstags, also zu den Öffnungszeiten der großen Kaufhäuser, verstärkter Parksuchverkehr auszumachen. Man ist offenkundig lieber bereit, ein paar Meter mehr zu laufen, statt auf das Fahrzeug zu verzichten – sehr zum Verdruss der St. PaulianerInnen, der NeustädterInnen und der St. GeorgerInnen.

Die Auto-fixierte Bild Hamburg (13.4.2011) rechnete nach dem Horch-Vorstoß pro Citybesuch im privaten PKW mit einer Mautgebühr in Höhe von 10 Euro und führte genüsslich

die 12 Euro ins Feld, die offenbar in London verlangt werden. Nun ist zwar die Citymaut vom Tisch, die in den zuletzt genannten Dimensionen den Besuch der Mönckebergstraße per Auto durchaus zu einem kleinen Luxusvergnügen gemacht hätte. Kommen aber soll eine verstärkte »Parkraumbewirtschaftung«, lies noch mehr Parkuhren und noch höhere Parkgebühren.

DIE LINKE ist für den Umstieg vom Individual- auf den Öffentlichen Personennahverkehr. Doch müssen dafür auch die nötigen Rahmenbedingungen geschaffen werden, d.h. vor allem ein kostengünstiger (langfristig kostenfreier) ÖPNV und ein attraktives Angebot (gute Anschlüsse, schnelle Verbindungen, hohe Taktdichten, angemessene Ausstattung mit Sitzplätzen etc.). Beides ist zurzeit nicht gegeben, genau genommen nicht einmal in Sicht. Ganz im Gegenteil ist abzusehen (und beispielsweise auf einem HVV-Zukunftsforum am 16. April auch schon angedeutet worden), dass die nahezu jährlich erfolgten Tarifierhöhungen des Verkehrsverbundes die HamburgerInnen auch in Zukunft belasten werden.

Nötig ist aus unserer Sicht ein langfristiges Gesamtverkehrskonzept, in dem systematisch (d.h. durch entsprechende verkehrspolitische Eingriffe und bewusste Teilschritte) die Akzente vom Individual- auf den öffentlichen Verkehr verschoben werden. Grundsätzlich ist das Prinzip zu verfolgen, die Menschen durch nachhaltige Angebotsverbesserungen und materielle Vergünstigungen dazu zu bewegen, das Auto stehen zu lassen, anstelle sie repressiv zu belangen. Nur so ist auch ein sozial motiviertes Herangehen zu gewährleisten: Die Gebühren zu erhöhen (egal ob Parkuhren, Blaulichtsteuer oder Citymaut), richtet sich vor allem gegen diejenigen, die wenig(er) Geld zur Verfügung haben.

Darüber hinaus ist die Erhebung einer Citymaut zum Stopfen von Etatlöchern gänzlich ungeeignet, die Alternative kann nur lauten, das Geld für Radwege- und Straßensanierung sowie den Ausbau des ÖPNV durch eine veränderte Steuerpolitik insgesamt zu holen, mit der diejenigen, die es sich leisten können, angemessen an der Finanzierung der öffentlichen Aufgaben beteiligt werden.

Vom Wohncontainer auf die Straße



»Eine Brücke ist kein Zuhause«: Demo am 15.4.2011 auf der Schleusenbrücke

Bisweilen hört man aus Kreisen des politischen Kabarets, was solle noch ihr Metier, die PolitikerInnen seien eh nicht zu toppen. Ganz in diesem Sinne gerieren sich gegenwärtig führende SozialdemokratInnen in unserer Stadt. Obwohl alle Welt von einer akuten Wohnungsnot spricht

- seriöse Quellen beziffern sie mal mit 30.000, 40.000 oder gar 90.000 fehlenden Wohnungen,
- seit Jahren überschlagen sich die aus dem Wohnungsmangel resultierenden Mietpreissteigerungen (»Größte Mietsteigerung seit 1992 in Hamburg« titelt das Abendblatt am 21.4.2011, Wohnungen seien gegenüber Anfang 2010 um bis zu 30%, im Durchschnitt um 9,4% teurer geworden),

- die von der SPD im Wahlkampf propagierten 6.000 neuen Wohnungen pro Jahr werden schon wieder kleingeschrieben (»Das Armutszeugnis. Die SAGA stellt 2011 nur 41 neue Wohnungen fertig«, Morgenpost vom 21.4.2011), wird diese von SPD-WohnungspolitikernInnen bestritten und mittels einer unsäglichen Sprachakrobatik weggeredet. Für Staatsrat Michael Sachs gibt es schlicht »keine Wohnungsnot«, allenfalls »einen Nachfragedruck auf bestimmte innenstadtnahe Quartiere« (immobilien manager, Nr. 3/2011). Ähnlich »argumentiert« Hamburgs neue Stadtentwicklungssenatorin Jutta Blankau: »Wohnungsnot gab es nach 1945, weil die Menschen keine Wohnung hatten. Das ist mit der heutigen Situ-

Die **bezirklichen Stadtplanungs- und Bauleute** treffen sich auf Initiative von Heike Sudmann, der stadtentwicklungspolitischen Sprecherin der Linksfraktion in der Hamburgischen Bürgerschaft, am **Freitag, den 13. Mai um 16:30 Uhr** im Fraktionsbüro Buceriusstraße 2. Thema: Neues Wohnen zu bezahlbaren Preisen. Zu Gast ist **Rolf Weilert vom »Miets-häuser Syndikat«**, das Modelle für günstiges Bauen und Wohnen unter Ausschluss der Spekulation entwickelt hat.

ation nicht vergleichbar. Wir haben einen Mangel« (Morgenpost vom 14.4.2011). Und ganz in diesem Sinne äußerte sich auch SAGA-Chef Lutz Basse: »Wohnungsnot gab es nach dem Krieg. Wir haben jetzt eine außergewöhnliche Wohnungsspasssituation, die von den Betroffenen als prekär wahrgenommen wird« (Morgenpost vom 21.4.2011). Bemerkenswert und enttäuschend zugleich muss konstatiert werden, dass der neue SPD-Senat die in schwarz-grünen Zeiten angewachsene Wohnungskatastrophe schon wieder klein zu reden begonnen hat.

Es ist in den bisher erschienenen BürgerInnenbrief immer wieder auf die Zuspitzung der Verhältnisse auf dem Wohnungsmarkt hingewiesen worden, deshalb sei an dieser Stelle das Augenmerk auf eine besonders dramatische Seite der Wohnungsversorgung gerichtet. Am 15. April endete das so genannte Winternotprogramm, das in den letzten Monaten von 1.200 Obdachlosen genutzt wurde, die eine der zusätzlichen Übernachtungsmöglichkeiten aufsuchten, 30% Prozent mehr als im vergleichbaren Zeitraum des Vorjahres. »Nun müssen sie größtenteils wieder auf der Straße übernachten«, so Caritas-Sprecher Timo Spiewak, »da ausreichender annehmbarer Wohnraum für diese Menschen fehlt.« Um auf den gravierenden Wohnungsmangel gerade für die Gruppe dieser aus vielen Zusammenhängen heraus gefallenen Menschen aufmerksam zu machen, führte das von diversen kirchlichen Gruppen getragene »Hamburger Aktionsbündnis gegen Wohnungsnot« an diesem Tag eine öffentlichkeitswirksame Aktion an der Fußgängerbrücke nahe der Sozialbehörde und wenig später auf der Schleusenbrücke vis à vis zum Rathaus durch. Auf dem 20 Meter langen Transparent stand die Parole »Eine Brücke ist kein Zuhause – 1029 Wohnungen für Ob-

dachlose«. Im Jahr 2009, in dem die Obdachlosen zuletzt »gezählt« wurden, lebten »offiziell« 1.029 Männer und Frauen auf Hamburgs Straßen, eine Größenordnung, die seitdem in allen Unterlagen zitiert wird. Aber allein der Umstand, dass im Winter 2010/2011 rund 1.200 Menschen einen der Wohncontainer oder die Wohnunterkunft Sportallee aufgesucht haben, veranschaulicht, dass diese Erhebung längst überholt ist. Die Wohnungslage hat sich deutlich verschärft, wegen des völlig unzureichenden Neubaus bezahlbarer Wohnungen, aber auch einer immer weiter aufgehenden Arm-Reich-Schere.

Die in dem während der Aktion verteilten Flugblatt erhobenen Forderungen finden die Unterstützung der LINKEN:

»Wir fordern:

- ausreichende Unterkunftsplätze für obdachlose Menschen;
- bessere Lebensbedingungen in den Unterkünften;
- kleine dezentrale Einrichtungen mit Einzelzimmern;
- Hamburg braucht eine verlässliche Wohnungsnotfallhilfeplanung mit überprüfbaren Zielen zur Überwindung von Obdachlosigkeit und Wohnungslosigkeit;
- Wohnungen für obdachlose und wohnungslose Menschen;
- die bisherigen Vereinbarungen mit der Wohnungswirtschaft sind nicht ausreichend;
- der neue Hamburger Senat muss die Wohnungswirtschaft wieder stärker auf ihren sozialen Versorgungsauftrag verpflichten.

Alle sprechen von der neuen Wohnungsnot – Obdachlose trifft diese besonders hart, sie haben kaum eine Chance auf dem Wohnungsmarkt. Obdach- und Wohnungslose brauchen jetzt Wohnungen. Sie brauchen jetzt menschenwürdige Unterbringungsplätze in ausreichender Zahl.«

VSA: Geschichten, Galão, Gentrification

Gerd Siebecke

Die Schanze: Galão-Strich oder Widerstandskiez?

Streifzug durch ein klammheimliches Klavierviertel
108 Seiten | farb. Fotos | € 10.80
ISBN 978-3-89965-472-1
Die »Schanze«, berühmt-berüchtigt aus Presse, Funk und Fernsehen als Krawall- und Latte-Macchiato-Viertel, ist im Wandel – hier wie andernorts nicht immer zum Besten des Quartiers. »Gentrifizierung« lautet die neudeutsche Bezeichnung für

Aufschickung. Die Schanze hat ihren Kiez-Charakter trotzdem noch nicht ganz verloren, was auch damit zu tun hat, dass ihre bewegte Geschichte überall Spuren hinterließ – wenn man sie zu lesen weiß. Einige davon werden in diesem Rundgang aufgespürt. Aus dem Inhalt:

- Ein Wasserturm wird verhökert
- Federn, Füller & ein (noch) funkelnder Schanzenstern
- Klaviere aus Liebe – untergegangen mit der Titanic
- Ossietzkys »Laterne« leuchtete

nur einmal

- Hamburg ist braun-weiß-(rot): die Europapokalsiegerbesieger
- Unser! Areal
- Die Grünspans, die Salomons & die Ehrlichs: Niemand & nichts wird vergessen
- Eine Rote Flora auf den Schanz-Élysées
- Fußballgötter üben: Solidarität im Park

Im Buchhandel oder bei
VSA: St. Georgs Kirchhof 6
20099 Hamburg
www.vsa-verlag.de

**Die Schanze:
Galão-Strich oder
Widerstandskiez?**
Streifzug durch ein klammheimliches Klavierviertel

Gerd Siebecke



Neubau der Moschee in Billstedt

von Uwe Böhm, Billstedt



Die Moschee in der Billstedter Hauptstraße

Wie bestimmte Kreise auf der Klaviatur von Fremdenfeindlichkeit und Intoleranz spielen, um populistisch ihr politisches Süppchen zu kochen und zugleich ganz persönlichen Interessen zu bedienen, das zeigen Geschehnisse in Billstedt. Angst wurde geschürt, denn mit Angst wird leider Politik gemacht, Gerüchte wurden gestreut, Halbwahrheiten verbreitet. Dankbar ist dann vor allem wieder mal die Springerpresse auf den Zug aufgesprungen, um das Schüren der Ängste nochmals zu toppen.

Es geht nicht um den Untergang des Abendlandes, sondern um den Um- bzw. Neubau einer Moschee, die seit über zwölf Jahren in der Billstedter Hauptstraße existiert und deren Vereinsmitglieder von dort mit vielfältigen Aktivitäten in den Stadtteil hinein wirken. Auf Grund dieser Neubaupläne wird nun Stimmung gegen die Muslime und ihre Moschee gemacht, werden Gräben aufgerissen und Vorurteile zementiert. Das geht an der Realität der Verhältnisse in Billstedt total vorbei, aber das schert die Protagonisten dieser Menschen spaltenden Einstellung nicht die Bohne.

Knapp 50% der Bevölkerung in Billstedt sind nicht-deutscher Herkunft. Billstedt war und ist ein Einwandererstadtteil. Hier muss es nun der Ansatz aller Menschen sein, das Zusammenleben unterschiedlichster Kulturen auf der Grundlage von Toleranz, Respekt und Menschlichkeit zu fördern. Was dies beim Thema Moschee und damit Religionsausübung bedeutet, zeigt ein Blick in das Grundgesetz: »Niemand darf wegen seines Geschlechtes, seiner Abstammung, seiner Rasse, seiner Sprache, seiner Heimat und Herkunft, seines Glaubens, seiner religiösen oder politischen Anschauungen benachteiligt oder bevorzugt werden.« (Artikel 3 Abs. 3) »Die Freiheit des Glaubens, des Gewissens und die Freiheit des religiösen und weltanschaulichen Bekenntnisses sind unverletzlich. Die unge-

störte Religionsausübung wird gewährleistet.« (Artikel 4, Abs. 1 u. 2)

Die Eltern des Grundgesetzes haben diese Artikel ganz bewusst und mit Überzeugung zur Grundlage unserer Gesellschaft gemacht, denn sie waren tief von den Erfahrungen mit dem Hitlerfaschismus geprägt. Eine solche Terrorherrschaft sollte in unserem Land nie wieder eine Chance haben.

Damals ging es auch um Synagogen – heute geht es um Moscheen! Wenn man sich die »Argumente« der Moscheegegner anschaut, kommt man nicht am Bürgerverein und dem »Bürgermeister des Bezirks Mitte«, Markus Schreiber, vorbei. Der Bürgerverein befürchtet, dass durch die neue Moschee eine »Parallelgesellschaft« gefördert und eine »Abwertung« des Stadtteils Billstedt erfolgen würde.

Doch was ist eigentlich eine Parallelgesellschaft? Ist es nicht normal, dass Menschen, die sich abgelehnt fühlen, auf diese Ablehnung reagieren, in dem sie sich zurückziehen und in Kreisen bewegen, in denen sie akzeptiert werden? Ist es dann nicht vom Bürgerverein ein Ausflug nach »Absurdistan«, wenn aus ihm heraus Ressentiments gegen Menschen mit Migrationshintergrund gestreut werden, um dann gleichzeitig eine Parallelgesellschaft zu beklagen? Parallelgesellschaften gibt es überall. Auch da, wo man sie nach unserer Presse nicht vermutet. Man findet sie in Blankenese, beim Wiener Opernball, in Schützenvereinen, bei »Fressbanketten« so genannter Wichtigtuer, in religiösen Sekten oder auch in christlich geprägten Gruppen usw. Die Moschee will jedoch gerade das Gegenteil bewirken und für alle BillstedterInnen offen sein. Sie möchte als Kulturzentrum verstanden werden, also als ein Ort der Begegnung.

Der Bürgerverein malt außerdem eine Abwertung des Stadtteils durch den geplanten Neubau an die Wand. Niemand will

dem Bürgerverein absprechen, dass er sich um das Wohl Billstedts sorgt, denn er macht viele gute Sachen, aber es verfestigt sich bei einigen VertreterInnen des Vereins der Eindruck, dass sie – wenn sie vom Wohle Billstedts sprechen – vorrangig ihr eigenes Wohl im Auge haben. Ihnen scheint es nämlich primär um den Wert ihrer Grundstücke und Häuser zu gehen, und sie unterstellen perfiderweise, dass »Ausländer« Wertverlust bedeuten. Was Blödsinn ist, wie der Blick in andere Stadtteile zeigt. Nun kann man sicherlich die Sozialstruktur Altonas nicht mit der von Billstedt vergleichen, aber Altona als Beispiel ist im Bewusstsein der HamburgerInnen ein angesehener Stadtteil. Hier leben die Menschen aus unterschiedlichsten Kulturkreisen miteinander und das erzeugt eine bunte Lebensfreude, die man atmosphärisch spüren kann, wenn man die dortigen Quartiere besucht. In diese Richtung sollte sich Billstedt entwickeln. Ein Stadtteil des Miteinanders wird viel Ansehen erlangen.

Markus Schreiber (SPD) scheint sich, wenn man in letzter Zeit die Presse verfolgt, auf einem Kreuzzug gegen »Alles« zu befinden, was irgendwie anders ist. Er will sich offenbar als Law-and-Order-Mann profilieren. Irgendwie scheint er mit dem Karriereknick nicht klar zu kommen, denn er war als Bausektor im Gespräch, was dann nicht geklappt hat. Und auch als Bezirksamtsleiter scheint er selbst in den eigenen Reihen längst nicht mehr unangefochten zu sein.

So war in der Presse zu lesen, dass er den Anblick von Obdachlosen als gruselig empfindet, was er dann allerdings dementiert hat, aber das kennt man ja. Herr Schreiber, nicht Obdachlose sind gruselig, denn es stecken harte Schicksale dahinter, sondern Ihre Einstellung ist gruselig! Die Zomia-Bauwagenleute, die zurzeit auf einer Fläche in Wilhelmsburg wohnen, wollte er zum 30. April räumen lassen und musste von seiner Partei zurückgepfiffen werden. Hier argumentiert dieser Technokrat auf der Grundlage eines (zwischenzeitlich allerdings revidierten) Gesetzes aus der Nazi-Zeit, das 1937 gegen Sinti und Roma in Stellung gebracht worden war.

Nicht auszuschließen scheint, dass Markus Schreiber die Presse mit Informationen zum Moscheeneubau versorgt hat, die eigentlich vertraulich waren. Die Krönung ist folgendes Zi-

tat aus der taz hamburg vom 11. Februar: »Wenn wir hier Minarette und Muezzinrufe bekommen, haben wir eine Bürgerinitiative am Start und die NPD in der Bezirksversammlung«, so Schreiber. Dieser Satz eröffnet einen klaren Einblick in die geistige Verfassung unseres »Bezirksbürgermeisters«. Ein Muezzin war nach unseren Kenntnissen nie geplant und auch Minarette wird es nicht geben. Aber seit wann gehen wir in vorseilendem Gehorsam auf Rechte und NPD ein? Mit einer solchen Einstellung werden Nazis geradezu ermutigt, ihre menschenverachtende Gesinnung in den Stadtteil zu tragen. Das ist quasi eine Einladung, denn ihre Gesinnung führt zu Konsequenzen im Denken von Herrn Schreiber. Gegen Nazis hilft nur ein konsequentes Miteinander unterschiedlichster Kulturen auf der Grundlage von Toleranz und gegenseitigem Respekt. Wir leben gern mit unseren NachbarInnen aus den vielen Ländern zusammen. Das ist die Antwort Herr Schreiber. Wir haben nichts gemein mit Rassisten, denn in allen Nationalitäten gibt es Menschen mit gutem und mit schlechtem Charakter.

Auf einer kürzlich durchgeführten Veranstaltung im »Panorama Hotel« wurde auch noch auf die Aussage eingegangen, dass die Moschee im Blickfeld des Verfassungsschutzes stehe. Dazu ist festzustellen, wenn man sich schon auf diese Ebene einlassen will, dass fast alle Moscheen vom Verfassungsschutz unter die Lupe genommen werden. Eine besondere Gefährdung durch die Moschee in Billstedt besteht nach Aussagen des örtlichen Polizeikommissariats 42 nicht. Die Zusammenarbeit sei wirklich gut, so der Vertreter des Reviers.

Auf einem anderen Blatt steht diese Erkenntnis: Alle Glaubensrichtungen und Ideologien bringen leider auch Fanatiker hervor, denen man entschlossen entgegentreten muss. Diese Fanatiker gibt es auch unter Christen.

DIE LINKE befürwortet die Renovierung der Moschee sowie den Neubau einer Altentages- und einer Altenpflegestätte. DIE LINKE wird sich auch zukünftig gegen alle Versuche wenden, Menschen gegeneinander aufzuhetzen und auszuspielen. Wir treten für Versöhnung und tolerantes Miteinander ein. Eine Spaltung der Menschen nützt nur denen, die in unserer Gesellschaft profitieren. Sie nützt denen, von denen wir ausgenutzt werden. Wehret den Anfängen!

Und die »Goldene Axt« geht an...

von Christine Wolfram

Für den 16. April hatte die »internationale gartenschau 2013« (igs) zu einem Fotoshooting unter dem schönen Titel »Plant-for-the-Planet« eingeladen. Am Wilhelmsburger Abmannkanal wurden 26 Bäume gefällt. Eher selten sind den MacherInnen der igs und der »Internationalen Bauausstellung« (IBA) Pressemitteilungen wert, in denen es um die Fällung von Bäumen geht. Weit mehr als hundert Mal so viele wie am vergangenen Wochenende dann neu für »für den Planeten gepflanzt« worden sind, sind nämlich flächendeckend vernichtet worden. Grund genug, das entsprechend zu würdigen.

Das geschah wenige Tage vor dem Fotoshooting dann auch am 13. April im Bürgerhaus Wilhelmsburg anlässlich einer

gemeinsamen Veranstaltung von IBA, igs und Stadtentwicklungsbehörde. Sinnigerweise unter den Titel Bürgerdialog. Die BürgerInnen in Wilhelmsburg haben in der Vergangenheit erfahren müssen, dass eine Bürgerbeteiligung nur für ein bestimmtes Klientel bestimmt war. Kritische Bürger waren nicht erwünscht.

Die Fragerunde des so genannten Dialoges begann nach einer Glanzschau mit bunten Bildern und Plakaten, genannt »Markt«. Um 19:00 Uhr sollte die »Diskussion« stattfinden. Die Moderatorin Frau Liesel Ameling vom Verein »Zukunft Elbinsel« stellte die Geschäftsführer der igs und der IBA vor. Auf der Bühne erschienen in diesem Moment ein Wilhelmsburger



IBA-Chef Hellweg hat die »Goldene Axt« fest im Blick...

Bürger mit Megafon und eine Bürgerin mit einem Brokatkissen, auf dem eine goldene Axt lag. Der Bürger verlas die untenstehende Würdigung und die Bürgerin händigte die »GOLDENE AXT« an die Herren Baumgarten (Chef der igs) und Hellweg (Chef der IBA) aus. Frau Ameling fragte immer wieder, wer die BürgerInnen sind. Im Hintergrund riefen einige »Autonome« IBA; IBA; IBA. Herr Baumgarten lief rot an, war peinlich berührt. Herr Hellweg äußerte sich erst nach der Aktion. Er betont, dass in Schwerin auch erst Proteste stattgefunden hatten und dass die Kritiker danach die größten Befürworter waren. Dazu eine kurze Anmerkung meinerseits: Hamburg war die grünste Stadt Europas, Wilhelmsburg, der grünste Stadtteil von Hamburg. Ich kann mir nicht vorstellen das Wilhelmsburger BürgerInnen (wenn sie nicht gekauft sind) Befürworter dieses kapitalistischen Events werden.

Trotz massiven Protestes und auch verschiedenen Aktionen von diversen Wilhelmsburger Zusammenschlüssen, rodete man große Flächen, fällte 3.000 Bäume und diverse Büsche, ganz abgesehen von Obstgehölzen, die keine Fällgenehmigung benötigten. Es wurden Biotop vernichtet und auf der grünen Wiese werden nun Eigentumswohnungen gebaut. Auch 200 Kleingärten fielen der igs zum Opfer. Diverse Tiere wie Igel, Fischreiher, Bussarde wurden ebenfalls entweder vertrieben oder vernichtet. Anmerkung: Einige kritische Stimmen die vor Monaten noch gegen die igs und IBA waren, haben ihre Meinung mittlerweile geändert, da sie von der igs oder IBA gekauft wurden. Sie erhielten Honorarvertrag von den Verantwortlichen der igs/IBA.

Alle Parteien, mit Ausnahme der Linken, stimmten dem Kahlschlag zu. Grund genug, die »Leistungen« von igs und IBA mit einem besonderen Preis zu würdigen. Hier die Begründung im Detail:

Thema Umweltzerstörung:

- Abholzung von registrierten 3.000 Bäumen mit einem Mindestdurchmesser von über 25 cm.

- Abholzung von tausenden nichtregistrierten Bäumen/Gehölzen mit einem Mindestdurchmesser unter 25 cm.
- Damit einhergehend die Vernichtung von Naturräumen und Biotopen in und um das igs-Gelände (z.B. mit dem geplanten BSU-Neubau).
- Bauen von Eigentumswohnungen auf der grünen Wiese, z.B. am Haulander Weg.
- Kein Verkehrskonzept für die motorisierten BesucherInnen (Stichwort: Flächenversiegelung) sowie ein nicht vorhandenes Verkehrskonzept für die Zu- und Abfahrten während der Großevents 2013.
- Zerstörung der Landschaften in und um den Küchenbrack, Malbusen und Kuckucksbrack, zum einen durch die Baumaßnahmen für die neuen Eigentumswohnungen am Wasserwerk, zum anderen durch den Ausbau der Wasserwege für die neue Kanustrecke. Schon jetzt ist die eigentlich dort ansässige Graureiher-Kolonie komplett verschwunden.
- Versiegelung von enormen Flächen durch den so genannten Multi-Purpose Way.
- Senkung des Grundwasserspiegels auf Teilen des Geländes von igs und IBA.
- Rodung einer Fläche an der Thielenstrasse für ein Bauprojekt der IBA, bevor überhaupt Baugenehmigungen vorliegen.
- Keine klare Stellungnahme der igs/IBA zu den nachteiligen Auswirkungen einer Verlegung der Wilhelmsburger Reichsstrasse für die Anwohnerinnen.

Thema sozialer Kahlschlag:

- Verschiebung bzw. Verdrängung der ehemaligen MieterInnen aus dem Weltquartier an andere Orte. Jetzt schon ist sicher, dass 80% der bisherigen Mieterschaft nicht zurückkehren werden oder können (laut Aussage eines SAGA-Mitarbeiters).
- Anstieg der durchschnittlichen Mietkosten in Wilhelmsburg um 20% innerhalb von drei Jahren!

- Langfristiger Anzug der Grundstückspreise in Wilhelmsburg durch die Baumaßnahmen der IBA/igs.
- Zerstörung mehrerer Kleingartenvereine und Vertreibung von Hunderten der dort seit Jahrzehnten ansässigen NutzerInnen.
- Zwangsweise Eingemeindung der restlichen Kleingartenvereine in das igs-Konzept und damit einhergehend der Rückbau ihrer Häuschen auf »vorgeschriebene normierte« Größen.
- Bauvorhaben von Privatinvestoren, wie z.B. die Kletterhalle auf ehemals öffentlichen Flächen des so genannten Wilhelmsburger Parks.

Bei diesen kritischen Auswirkungen muss die IBA genauso genannt werden wie die Gartenschau, da ihre Bauprojekte auch auf dem Areal des so genannten igs-Geländes umgesetzt werden. Inzwischen glauben nur noch wenige Menschen in Wil-

helmsburg den StrategInnen von IBA-igs-BSU. Selbst die ehemalige Stadtentwicklungssenatorin Anja Hajduk musste zuletzt kleinlaut eingestehen, dass das Bürgerbeteiligungsverfahren gescheitert ist! Wir haben genug von dieser Pseudo-Beteiligung! Die offiziellen »Beteiligungsgremien« lassen keine Beteiligung von Anbeginn zu. Es gab und gibt nur noch die Wahl zwischen den kleinen und den großen Übeln. Die Menschen die hier leben (müssen), sehen sich immer mehr in ihrer Bewegungsfreiheit eingeschränkt. Sie sehen, dass ihre Mieten explodieren, die Lebenshaltungskosten steigen, öffentliche Räume privatisiert werden, grüne Rückzugsräume für Mensch und Natur verschwinden, und sie haben offenbar keine Ambitionen mehr, sich an den aufgeblasenen Planungen der StadtentwicklerInnen zu beteiligen. Warum auch, da wir BewohnerInnen erst dann gehört werden, wenn die Ergebnisse der Planungen sowieso schon längst feststehen.

Stadtnatur: Weggespart und abgeholzt?



DIE LINKE Stadtteilgruppe Hamm, Horn, Borgfelde lädt ein zum Parkspaziergang im Hammer Park mit dem Biologen Rudolf Sergel

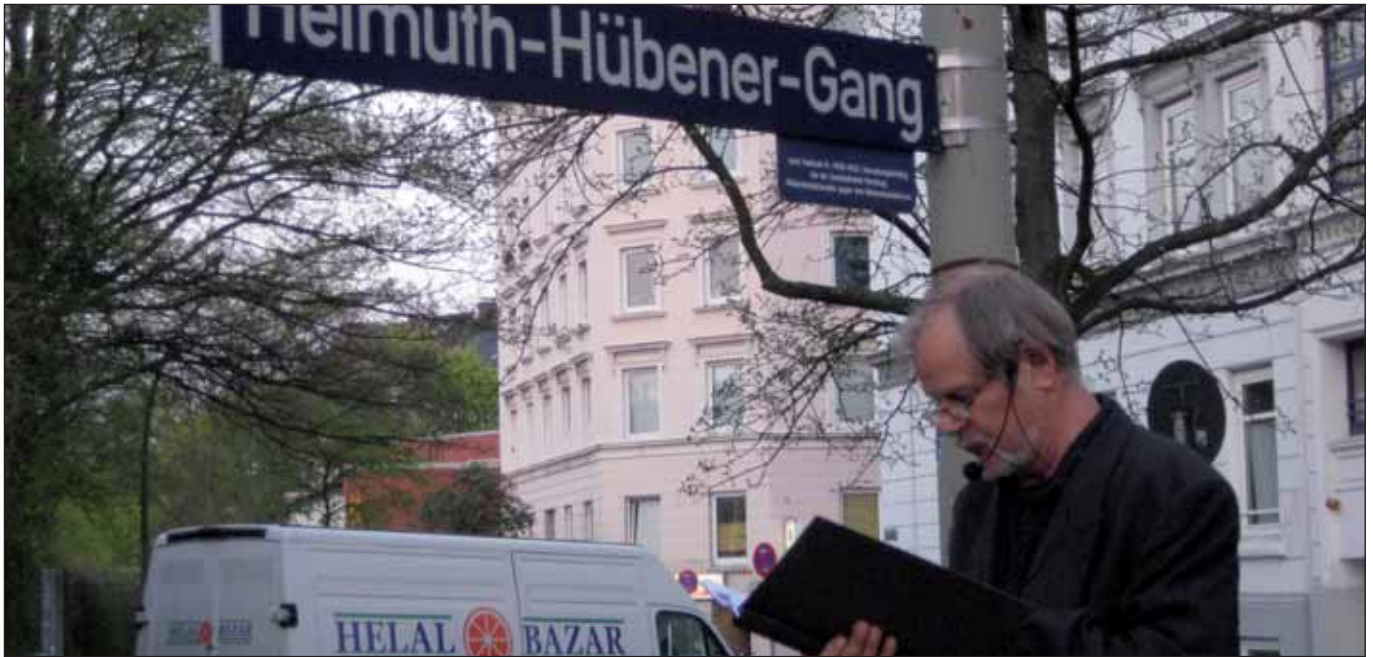
Hamburg möchte sich im Großen als Umwelthauptstadt profilieren. Im Kleinen in unseren Parks beobachten wir jedoch immer mehr, wie Grün zurückgeschnitten und alte Bäume gefällt werden. Exemplarisch lässt sich dieser Trend der biologischen Abwertung an der »Umgestaltung« des Hammer Parks aufzeigen: Zahlreiche Bäume aus altem Bestand sind bereits der Fällung zum Opfer gefallen, Hecken und Sträucher wurden stark zurückgeschnitten. Die Verwaltung will »Sichtachsen« schaffen, statt ökologische Vielfalt zu erhalten.

Bei einem Spaziergang durch den Hammer Park mit der LINKEN-Stadtteilgruppe Hamm, Horn, Borgfelde und dem Biologen Rudolf Sergel wollen wir die »Umgestaltungen« der letzten zwei Jahre genauer unter die Lupe nehmen. Gemeinsam machen wir uns auf die Suche nach verbleibender biologischer Vielfalt und Schutzräumen für diverse Tierarten. Neben den ökologischen Folgen der Abholzungen und Verminderung der Artenvielfalt interessiert uns die soziale Funktion dieses Parkes. Wenn, wie letzte Woche vom Bezirksamt Mitte bekanntgegeben, die Mittel für die Pflege der Grünanlagen und Spielplätze mehr als halbiert wird, was bleibt dann noch als Erholungsraum übrig, gerade für Menschen mit geringem Einkommen, die auf kostenlose Freizeitgestaltung angewiesen sind?

Rudolf Sergel (Biologe, Mitglied im Arbeitskreis Biodiversität des BUND und Mitgründer der Projektgruppe Stadtnatur) erläutert beim Spaziergang die ökologischen und sozialen Funktionen von Stadtnatur: »Öffentliche Grünräume erfüllen wichtige soziale und ökologische Funktionen und stellen damit eine wichtige gesellschaftliche Ressource dar. In Hamburg waren in den letzten Dekaden deutliche Veränderungen der Stadt im Umgang mit ihren öffentlichen Grünflächen festzustellen: Veröffentlichte 1989 noch die alte Umweltbehörde unter dem Titel »Hamburg – eine Stadt öffnet sich der Natur« Programme zur ökologischen Aufwertung öffentlicher Parks, werden Grünraumplanungen heute unter der Regie der igs mit Programmen wie »GRÜN/MACHT/GELD« betrieben.«

LINKER Parkspaziergang am 7. Mai 2011 um 11:00 Uhr
Treffpunkt am Eingang Caspar-Voght-Straße beim Spielplatz.

Kultur Tipp: Stationen der Verfolgung



Probe am Helmuth-Hübener-Gang für den »Szenischen Rundgang«

Am 25. Oktober 1941 fuhr der erste Deportations-Zug vom Hannoverschen Bahnhof ab, in dem über 1.000 jüdische MitbürgerInnen zusammengepfercht nach Lodz deportiert wurden, die meisten von ihnen wurden umgebracht. Nicht allzu weit vom Lohseplatz entfernt, beim ehemaligen Fruchtschuppen C, direkt an der Elbe gelegen, erfolgte der Abtransport der Hamburger Sinti und Roma in die Vernichtungslager. Die KollegInnen der St. Georger Geschichtswerkstatt bereiten seit mehr als einem Jahr eine Veranstaltungsreihe in Erinnerung an die Deportationen ab 1941 vor, von Ende April bis Ende Mai wird das Programm nun realisiert. Die Eröffnungsveranstaltung ist am **29. April um 17:00 Uhr** in der Dreieinigkeitskirche (St. Georgs Kirchhof), gegen 17:30 Uhr geht es zum Schauspielhaus, wo zwei Schauspielern und Opfern des NS-Regimes gedacht wird. Anschließend gibt es dann einen knapp zweistündigen »szenischen Rundgang«, bei dem an vier Stationen (den Stolpersteinen vor dem jeweils letzten Wohnhaus) anhand von Originaldokumenten vier St. Georger Schicksale veranschaulicht werden: der jugendliche Antifaschist Helmuth Hübener, der Homosexuelle August Haucke, der in eine SS-Einheit versetzte Kommunist Walther Lüders und Fred Leser, der als einziger den Mord an seinen jüdischen Familienangehörigen überlebt hat. Die szenischen Rundgänge werden am **5. Mai (18:00 Uhr)** sowie am **22. Mai (15:00 Uhr)** wiederholt (Ausgangspunkt jeweils Carl-von-Ossietzky-Platz). Wen die »Stationen der Deportationen in Hamburg« interes-

sieren, sei noch auf eine in Kooperation mit Arbeit und Leben Hamburg am **28. Mai von 13:00 bis 19:00 Uhr** durchgeführte Busrundfahrt verwiesen. Näheres zum Programm findet sich auf der Website der Geschichtswerkstatt (www.gw-stgeorg.de).

Anlässlich des »Tages der Befreiung« vom Faschismus am **8. Mai** findet am »Kriegsklotz« (Stephansplatz) ein Friedensfest statt, das der seit längerem erhobenen Forderung nach einem Hamburger Deserteursdenkmal Nachdruck verleihen soll. Das aus mehr als einem Dutzend Organisationen und Initiativen zusammengesetzte »Bündnis für ein Hamburger Deserteursdenkmal« ruft die lange Zeit vergessen gemachte Opfergruppe der Kriegsdienstverweigerer und Deserteure ins Bewusstsein zurück. Um 15:00 Uhr wird es zunächst einige Ansprachen geben, Rolf Becker liest aus Texten von Bert Brecht, SchauspielerInnen inszenieren ein »Kriegsgericht«. Gegen 16:30 Uhr wird dann das Nazi-Denkmal verhüllt, eine Kunstaktion, die mit einer »Entmottung« am **4. Juni** um 15:00 Uhr endet. Weitere Veranstaltungen sind u.a. eine Gedenkveranstaltung für die am Truppenschießplatz Höltigbaum hingerichteten Deserteure (**29.4.**), eine Radtour über den Friedhof Ohlsdorf (**31.7.**) sowie eine Führung rund um den Kriegsklotz und das Gegendenkmal (**11.9.**). Das Gesamtprogramm kann auf der Internetseite der Willi-Bredel-Gesellschaft Geschichtswerkstatt Fuhlsbüttel nachgeschaut werden (www.feindbeguenstigung.de).

Mit diesem BürgerInnenbrief informieren wir in der Regel 14-täglich über das Parlamentsgeschehen sowie die politischen Auseinandersetzungen in der Stadt, den Bezirken und unseren Arbeitsgebieten. Wenn Sie diesen BürgerInnenbrief per E-Mail beziehen oder nicht mehr erhalten möchten, schreiben Sie eine kurze Mail an: joachim.bischoff@linksfraktion-hamburg.de oder heike.sudmann@linksfraktion-hamburg.de.

Und: Sprechen Sie uns an, wenn Sie unsere Arbeit als Abgeordnete in der Hamburgischen Bürgerschaft durch Kritik und nützliche Informationen begleiten wollen. Kontakt: Abgeordnetenbüro Bucceriusstr. 2, 20095 Hamburg.